

Entschließungsantrag

der Fraktion DIE GRÜNEN

zum Bericht der Bundesregierung über die Tagung der WEU/EPZ-Sitzung zur Lage am Golf

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag drückt sein Mitgefühl mit allen von den Auseinandersetzungen betroffenen Menschen aus und erklärt sich im Rahmen der eigenen Möglichkeiten zur Hilfe bereit.

Der Deutsche Bundestag

- verurteilt die Annexion Kuwaits durch das menschenverachtende Regime des Irak und fordert die irakische Regierung zum sofortigen Rückzug ihrer Truppen aus Kuwait auf. Er unterstützt die vom UNO-Sicherheitsrat beschlossenen Boykottmaßnahmen;
- verurteilt das Festhalten ausländischer Staatsbürger durch die irakische Regierung und fordert diese auf, den betroffenen Personen die sofortige freie Ausreise zu ermöglichen;
- verurteilt die jahrelange militärische Aufrüstung des Irak und insbesondere die Rolle, die hierbei bundesdeutsche Firmen zum Teil mit Wissen und Unterstützung der jeweiligen Bundesregierungen gespielt haben.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- sich in keiner Weise auf militärischer Ebene an der Regelung des derzeitigen Nahostkonfliktes zu beteiligen und daher
 - in keiner Weise die Bundeswehr zum Einsatz zu bringen, und auch für die Zukunft keinerlei Bundeswehreinsatz zur „Regulierung internationaler Konflikte“ anzustreben, auch nicht im Rahmen eines von der UNO beschlossenen Militäreinsatzes. Eine diesbezügliche Grundgesetzänderung ist abzulehnen,
- keinerlei finanzielle, logistische und personelle Hilfe im Rahmen des „Wartime Host Nation Support“-Abkommens, oder im Rahmen von NATO oder WEU zu leisten, insbesondere mit sofortiger Wirkung die ins östliche Mittelmeer entsandten Minensuchboote zurückzurufen,

- sich für den Rückzug der ausländischen Truppen aus dem Krisengebiet einzusetzen,
- die USA und die anderen an der militärischen Intervention beteiligten Staaten aufzufordern, sich an die bisherigen UNO-Beschlüsse zu halten, die eine nicht-militärische Reaktion auf die Besetzung Kuwaits beinhalten, und gegen Anträge auf militärische Intervention zu stimmen;
- die gesetzlichen Voraussetzungen für eine wirksame, nicht-militärische Umsetzung der Embargo-Beschlüsse des UNO-Sicherheitsrates zu schaffen;
- ein Exportverbot für militärische und militärisch verwendbare Güter zu verfügen, sowie alle Rüstungskoooperationsverträge zu kündigen;
- sich im Rahmen der EG und der UNO mit Nachdruck für das Zustandekommen von internationalen Nahostkonferenzen einzusetzen zur Regelung des derzeitigen Konfliktes, aber auch zur Regelung der anderen Konflikte in der Region (Libanon, Israel/Palästina, Kurdistan).

Bonn, den 23. August 1990

Hoss, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Der Überfall des Irak auf Kuwait ist eine militärische Aggression, die der Deutsche Bundestag scharf verurteilt.

Die globale militärische Dimension dieses regionalen Konfliktes wird durch die militärische Einmischung der westlichen Länder unter der Führung der USA dramatisch verschärft. Ihnen geht es vor allem um die Sicherung „ihres“ Öls; den westeuropäischen Staaten, speziell der Bundesrepublik Deutschland, ist dies in einer Zeit, in der das Militär immer mehr Legitimationsprobleme bekommt, eine willkommene Gelegenheit, ein neues Feindbild aufzubauen.

Einer verfehlten Nahostpolitik, die zu einer verheerenden Aufrüstung der Region geführt hat, folgt der Versuch, daraus entstandene Konflikte wiederum militärisch zu lösen. Dies trägt dazu bei, alternative, nicht-militärische und zivile Konfliktlösungsmodelle zu verdrängen. Die Irak-Kuwait-Krise zeigt, daß solche auf europäischer wie auf internationaler Ebene dringend entwickelt werden müssen.

Bundesdeutsche Firmen sind seit Jahren maßgeblich an der verheerenden militärischen Aufrüstung des Irak beteiligt. Die Bundesregierung ist seit spätestens 1984 darüber unterrichtet und immer wieder – unter anderem durch die Fraktion DIE GRÜNEN – auf diesen Sachverhalt aufmerksam gemacht worden. Das Außenministerium hat durch seine Stellungnahmen die Einstellung staatsanwaltlicher Ermittlungen bewirkt.

Die Vorgänge zeigen, daß der Versuch von Mitgliedern der Bundesregierung, die Schuld alleine bei einzelnen, skrupellosen Firmen zu suchen, nur von der eigenen Verantwortung ablenken soll.

Die Tatsache, daß auch die DDR zur Militarisierung der Konflikte im Nahen Osten beigetragen hat, unterstreicht zusätzlich, daß ein vereintes Deutschland den Beweis erst noch anzutreten hat, daß durch seine Politik nirgendwo in der Welt Konflikte eskalieren. Dies erfordert ein striktes Exportverbot von militärischen, sowie militärisch verwendbaren Gütern, sowie eine strikte militärische Enthaltsamkeit.

Trotz der guten Möglichkeiten erfolgversprechender Wirtschaftssanktionen gegen den Irak haben sich verschiedene westliche Staaten (u. a. ehemalige Kolonial- bzw. Mandatsmächte in der Region) unter Führung der USA zur militärischen Intervention in dem Konflikt entschlossen.

Dadurch ist eine hochexplosive Situation mit unabsehbaren Folgen entstanden. Soll eine militärische Konfrontation vermieden werden, so lautet das Gebot der Stunde, in keiner Weise zu einer weiteren Militarisierung des Konfliktes beizutragen.

Die Bedrohung Israels durch den Irak einerseits, wie auch die Verbitterung der Palästinenser angesichts von 23 Jahren israelischer Besatzung und zweieinhalb Jahren Intifada ohne greifbare politische Erfolge zeigen die Verflechtungen zwischen den verschiedenen Konflikten im Nahen und Mittleren Osten. Bezüglich des israelisch-palästinensischen Konfliktes und des Libanon-Konfliktes sind Verhandlungen der Konfliktparteien unter der Schirmherrschaft der UNO seit Jahren überfällig. Inzwischen hat sich die Konfliktsituation im Nahen Osten durch den Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait noch dramatisch zugespitzt.

Diese Situation erfordert dringend die Einberufung von internationalen UNO-Nahostkonferenzen zur Regelung der verschiedenen Konflikte unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Interessen. Nur so wird es auch möglich sein, der Ablenkung von der eigenen Verantwortung durch Hinweis auf jeweils andere Konflikte in der Region durch unterschiedliche Konfliktparteien entgegenzuwirken.

